



**Betreff:**

öffentlich

**Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022**

Einreicher: GB 2 Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Erstellungsdatum: 13.04.2022

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.05.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

den Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

**Finanzielle Auswirkungen?**

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

**Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Die mit dem Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022 veranschlagten Maßnahmekosten für das Haushaltsjahr 2022 sind im Planansatz in dem Produktkonto 3639901.5291100 (Fachbereichsleitung Jugend. Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen) i. H. v. 100.000 € enthalten.

Es ergeben sich im Vergleich zum Planentwurf des Haushaltes 2022 keine finanziellen Mehrbedarfe.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

## Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
	5		20		<b>450</b>	<b>0</b>

### Klimaauswirkungen

positiv     negativ     keine

### Fazit Klimaauswirkungen:

### Begründung:

Der Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022 (MFP) ist ein kommunales Planwerk zur gezielten Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Potsdam.

Der MFP unterstreicht, welche umfassende gesellschaftliche Aufgabe mit der Bekämpfung von Kinderarmut und der Förderung von Chancengerechtigkeit verbunden ist. Sowohl die Lebensrealität der Betroffenen als auch die Vorstellungswelt der Mehrheitsgesellschaft müssen sich wandeln, um Kinderarmut in der städtischen Gesellschaft effektiv begegnen zu können.

Der vorliegende MFP fokussiert die kommunale Handlungsverantwortung beim Thema Kinderarmut und der Förderung von Chancengerechtigkeit, insbesondere wurde die Corona-Pandemie mit den spezifischen Herausforderungen thematisiert.

Der MFP schildert die verschiedenen thematischen Tiefendimensionen in der Bekämpfung von Kinderarmut (materielle und gesundheitliche Versorgung, Wohnen, Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe) und untermauert dies mit den aktuellsten Sozialdaten in Potsdam. Dabei zeigt sich, dass das Leben der Menschen in Armut in vielen Bereichen stark eingeschränkt ist und sich in ungünstiger Konstellation bis zur sozialen Exklusion steigern kann. Die Corona-Pandemie hat die Situation der Betroffenen zusätzlich erschwert, was ein entschiedenes kommunales Handeln für die besonders vulnerablen Gruppen nötig macht.

Die Corona-Pandemie bietet aber auch die Möglichkeit, die gesellschaftliche Verantwortung für das Thema Kinderarmut auf ein neues Fundament zu stellen. Die täglichen Entbehrungen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Kontexten wurden durch die pandemiebedingten Einschränkungen auch für die Mehrheitsgesellschaft nachvollziehbar. Dieses auf Empathie zu gründende Moment der Solidarität versucht der MFP für die breitere Verankerung des gesellschaftlichen Engagements zu nutzen.

Der MFP zeigt ebenfalls, dass sich das städtische Engagement bei der Bekämpfung von Kinderarmut – zum Teil bereits seit Jahren – auf viele Akteur\*innen und Träger stützen kann. Ziel ist es, dieses große Engagement in der Stadt und in der Trägerlandschaft durch ein Dialogbündnis für mehr Chancengerechtigkeit zu einer gesamtstädtischen Verantwortungsgemeinschaft auszubilden.

